

## Chronik des Tages.

— Unter großem Andrang der „Reichsbankgläubiger“ begann in Berlin die Verhandlung gegen den Vorsitzenden des „Reichsbankgläubiger-Verbandes“.

— Der ehemalige Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrats und Professor der Theologie an der Universität Berlin, D. Julius Raftan, ist im 77. Lebensjahre gestorben.

— Bei Berlin wurde ein Straßenräuber verhaftet, in dem man den Mörder der Gräfin Lambsdorff erkennt.

— Spanien hat in der gestrigen Beratung der Studienkommission in Genf seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz wiederholt und fordert klare Entscheidung.

— Gerüchte aus Madrid zufolge sollen in Spanien Unruhen zu erwarten sein und zwar im Zusammenhang mit dem Streit des Diktators mit den spanischen Artillerie-Offizieren.

## Tanger-Intelligen.

Die Völkerbunds-Diplomaten sind wieder dabei, die Karten hübsch bunt durcheinanderzumischen. Der „Matin“, der dabei wohl einer Weisung Poincarés gehorcht, läßt den Völkerbund in Gefahr sein, wobei mit seltsamer Ablenkung Mussolini als der schwarze Mann hingestellt wird. Primo de Rivera, der sich mit spanischen Artillerieoffizieren überworfen haben soll, schießt trotzdem aus dem schwersten Geschütz spanische Noten auf den Tisch des Völkerbundes. Der Diktator fordert im Namen Spaniens die mehr oder weniger feierliche Uebereignung des internationalisierten Gebietes von Tanger. Frankreich wehrt mit gut gespielter Entrüstung ab, obgleich es mehr als wahrscheinlich ist, daß die spanische und französische Regierung über das Schicksal Tangers sich vor Jahr und Tag geeinigt haben. Es ist kaum anzunehmen, daß Primo de Rivera sich ohne Gegenleistung verpflichtete, den Franzosen zu helfen, Abd el Krim zu schlagen. Um die sogenannte spanische Zone des Rifgebietes allein zurückzuerobern, hätte Primo de Rivera nicht gewagt, Truppen und Geld daranzusetzen. Spanien kann seine Interessen in Nordmarokko nur behaupten, wenn es über die Eingangspforte Tanger verfügt. Also muß Tanger wohl die Gegenleistung gewesen sein, um den kostspieligen Feldzug im Rifgebiet zu unternehmen. Aber dies Versprechen konnte Frankreich nicht öffentlich abgeben, da das eine mehr als unfreundliche Handlung gegen England gewesen wäre. Tanger hat nun einmal den Vorzug der vorderen Lage am Eingang zum Mittelmeer, also auch gegenüber Gibraltar, das wider Tanger nicht aufkommen kann. Wer Tanger beherrscht und besetzt, der beherrscht auch die Verkehrsstrahlen, die über Suez nach dem fernen Osten und nach den ostafrikanischen Küsten führen. Hier ist einzuweisen England noch unbedingter Interessent. Es denkt auch nicht daran, dies Interesse aufzugeben oder auch nur einzuschränken. Die Säulen des Herkules sind noch immer das Schicksal der internationalen Politik. Weil England in Furcht und Zittern lebe, Deutschland könnte in Nordmarokko sich festsetzen, entschied sich Downing Street vor mehr als zwanzig Jahren für die Politik, die zum großen Krieg führte. Heute sind die Interessen Englands im fernen Osten noch empfindlicher, als sie es vor 20 Jahren gewesen sind. Spanien hätte also auf einer Tagung, die sich mit der Uebereignung Tangers beschäftigt, unbedingt mit England als Gegenpieler zu rechnen. Der französische Widerstand wiegt wohl nicht so schwer, denn Frankreich beherrscht schließlich Marokko, sodaß es von der Landseite her die spanische Schlüsselstellung angreifen könnte. Aber damit erschöpfen sich die Intelligen um Tanger nicht. Es steht doch fest, daß es Frankreich gewesen sein muß, das Spanien insgesam ermutigte, den Völkerbund vor ein unlösbares Problem zu stellen. Sicher nicht deshalb, um einen spanisch-englischen Streit herauszubekommen, sondern deshalb, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch ein geschicktes Spiel zu verhindern. Im März war es der Anspruch Polens, den Frankreich offensichtlich begünstigt und unterstützt hatte. Nach der feierlichen Anmeldung seines Anspruches auf Tanger kann Spanien sich nicht gut zurückziehen, ohne eine diplomatische und politische Niederlage ersten Ranges in Kauf zu nehmen. Die September-Tagung des Völkerbundes, die den glatten und reibungslosen Eintritt Deutschlands bringen soll, ist damit hinsichtlich des voraussichtlichen Verlaufes im allgemeinen noch unsicherer geworden, als es die März-Tagung schon war.

## Politische Rundschau.

:: **Gedenktag für Tannenberg.** Anlässlich der zwölften Wiederkehr des Tages der Schlacht von Tannenberg fand in Königsberg unter außerordentlich starker Beteiligung aller Bevölkerungskreise eine von der staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft veranstaltete Tannenbergfeier statt. Nach den in verschiedenen Lokalen von den Kriegerverbänden veranstalteten Begrüßungsabenden wurde am Sonntag in Gegenwart der Generale Lubendorff und von Conta ein Feldgottesdienst abgehalten. Um einen Feldaltar auf der Mitte des Platzes gruppierten sich die Banner der studentischen Korporationen und die zahlreichen Ehrengäste. Der weite Platz war von vielen tausend Zuschauern umfüllt. Nach dem Vortrag eines Chorgefanges sprachen ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher, die die Schlacht von Tannenberg in ihrer großen Bedeutung für Ostpreußen, als ein Zeichen Gottes und als ein Symbol für die Zukunft bezeichneten. Solange die Polen den Tag der ersten Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410 feierten, in der der deutsche Ritterorden besiegt wurde, solange mühten wir Deutschen den zweiten Tag von Tannenberg im Jahre 1914, der die deutschen Waffen zu einem gewaltigen Siege führte, feiern.

:: **Protokoll gegen das Verbot des Stahlhelmorgans.** Die anlässlich des Ehrentages des deutschen Heeres und der Marine in München versammelten Stahlhelmführer haben eine Entschliebung gefaßt, die schärfsten Einspruch gegen das Verbot ihres Bundesorgans erhebt. In der Entschliebung heißt es: Die Politik der Stahlhelmszeitung verfolge entsprechend dem Willen des Bundes dessen Ziele in dem durch Verfassung und Gesetz bestimmten Rahmen. Das Verbot sei nicht eine Ab-

wegnahme des heutigen Staates gegen einen Verstoß gegen die heutige Verfassung, sondern ein Versuch, die nationale Opposition an der Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu hindern. Von den zuständigen Stellen wird gefordert, das Verbot umgehend wieder aufzuheben. Die in der nationalen Arbeitsgemeinschaft München zusammengeschlossenen Verbände Jungdeutscher Orden, Werwolf, Wikinger, Frontkriegerbund und die Vereinigung der Train- und Sanitätsformationen stimmten dieser Protestentschliebung vollinhaltlich zu.

## Kirche und Schule.

† **St. Ansgar-Feier in Schleswig.** Bei Anwesenheit gewaltiger Scharen der Katholiken aus Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg, Bremen, Mecklenburg und den abgetrennten Gebieten wurde am Sonntag die 1100 jährige Wiederkehr des Tages, an dem Ansgar nordischen Boden betrat, in feierlicher Weise begangen. Unter den Gästen sah man Bischof Dr. Wilhelm Verding-Danabück, Benediktiner-Abt Rafael Wollter von St. Jöhann-Goesfeld, Pfarrer Dr. Hermann Lange-Bremen, Pfarrer Meyer-Hamburg und Professor Dr. Joseph Christ-St. Joseph-Waltenburg. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Festgottesdienst am Neuwerk, an dem über dreitausend Personen teilnahmen. Die Festrede hielt der Bischof von Danabück. Im Anschluss daran wurde in der Pfarrkirche die heilige Messe gelesen. Am Mittag fand auf dem Kirchplatz die Festversammlung der Jugendvereine aus ganz Norddeutschland statt. Nach einer Begrüßungsansprache richtete u. a. Professor Meyer aus Hamburg eindringliche Worte an die Jugend. Nach einem Umzug durch die Stadt wurden Festveranstaltungen im Stadttheater und im „Vohenzollern“ abgehalten.

## Rundschau im Auslande.

† **Clémenceau,** dessen Brief über die Schuldenfrage noch in üblicher Erinnerung ist, soll geäußert haben, es sei leicht möglich, daß er noch einen Brief an Coolidge schreibe, denn er hätte noch einiges zu sagen. Er habe jedoch nicht die Absicht, wieder aktiv in die Politik einzutreten. Er habe nicht Lust, sich zwangsweise einer Senatsgruppe anzuschließen und sich den Vorwurf machen zu lassen, daß er nach dem Vorkriegsministerium strebe.

† **Delegierte der französischen Metallindustrie** traten zu einer Besprechung zusammen, in der eine Reihe von neuen Lohnforderungen aufgestellt wurden. Die Arbeiter der betreffenden Betriebe, etwa 150 000 Mann, sollen sich in den nächsten Wochen über die neuen Forderungen aussprechen. Die Delegierten beabsichtigen, Ende September oder Anfang Oktober den Generalkonflikt in der französischen Metallindustrie zu proklamieren, falls die Forderungen der Arbeiter abgelehnt werden.

† **Londoner Blätter** berichten aus Athen, Benizelos beabsichtige, bei den bevorstehenden griechischen Wahlen zu kandidieren.

† **Der chinesische Außenminister** hat der Moskauer Regierung mitgeteilt, daß die Pässe für den Vorkämpfer Karagan fertiggestellt sind und daß sie dem Vorkämpfer in Kürze ausgehändigt würden, falls Moskau ihn nicht bald abberufe.

## Der englische Kohlenstreik.

† **Der Rat der Bergarbeitervereinigung von Nottingham** hat einen Beschluß gefaßt, der für den weiteren Verlauf des Bergarbeiterstreiks von weittragender Bedeutung sein wird. Der Rat hat beschlossen, den Parlamentarier Barley für den Fall, daß eine Einigung in dieser Woche nicht erfolgt, zu bevollmächtigen, die Erlaubnis der Bergarbeitergewerkschaft zur Abschließung von erteilten Lohnabmachungen einzuholen. Der Rat ist der Meinung, daß der Streik in den von ihm vertretenen Gebieten nicht länger fortgesetzt werden kann. Dieser Beschluß dürfte in erster Linie auf die Arbeitswiederaufnahme zahlreicher Bergarbeiter im Mansfieldbezirk zurückzuführen sein.

## Sturmzeichen in Spanien.

† **Die Londoner Presse** veröffentlicht eine Reihe aufsehenerregender Meldungen über Spanien. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß ernste Unruhen in Spanien infolge der Haltung der unzufriedenen Artillerieoffiziere ausgebrochen seien. Zivilmächten schienen die Wahlen von Bobadilla, „Westminster Gazette“ will auf der spanischen Vorkämpfer erfahren haben, daß infolge der ersten Lage eine Genjur für Nachrichten aus Spanien möglich sei. Demselben Blatt zufolge berichtet die Gibraltarstation, daß die Verbindungen mit den südspanischen Stationen unterbrochen seien. „Daily Mail“ zufolge sind während 24 Stunden keine direkten Nachrichten mehr von irgend einem spanischen Ort eingetroffen.

## Das alte Heer.

Anlässlich des Gedenktages für Armee und Marine entstand am Sonntag in Nürnberg reges Leben und Treiben. Mit klingendem Spiel zogen die einzelnen Gruppen ihrem Aufstellungsplatz zu, um sich zum Festzug zu formieren. In den Straßen, durch die sich der Zug bewegte, sah man einen einzigen Fahnenwald. Pünktlich um 11 Uhr traf die Spitze des Zuges auf dem Hauptmarktplatz ein, wo die prominenten Vertreter des alten Heeres und der Marine vor einer Tribüne aufgestellt genommen hatten, um den Vorbeimarsch der Kameraden abzunehmen.

Tausende von Menschen umfüllten die Straßen, winkten den Vorbeimarschierenden zu und überschütteten sie mit Blumen. Unter dem Klang der alten Armeemärsche entwickelte sich ein farbenprächtiges Bild. Kaum ein Truppenteil, der im Zuge nicht vertreten war. Ist sah man auch die alten traditionellen Uniformen, die aus der Zeit vor dem Krieg in Erinnerung geblieben sind. Drei Stunden dauerte der Vorbeimarsch, mit dem dann die Veranstaltung ihr Ende erreichte.

Den Nachmittag benutzte man zu sportlichen Wettkämpfen, zum Besuch von Theatern und Museen, zur Beschäftigung der vielen historischen Sehenswürdigkeiten sowie zur Erneuerung von im Felde geknüpften Freundschaftsbänden. Ueber dem Flugplatz brachte Oberleutnant Ildet besondere Flugleistungen zur Schau.

Den Auftakt zu der Veranstaltung bildete schon am Freitag die Einholung von 48 Regimentsfahnen, die im Bayerischen Armeemuseum in München untergebracht waren und durch eine Ehrenkompanie der Landespolizei abgeholt und in Verwahrung genommen wurden. Unmittelbar darauf traf Feldmarschall Mackensen ein, der von der großen Menschenmenge begeistert begrüßt wurde. Die zahllosen Zuschauer sangen am Schluß der Veranstaltung begeistert das Deutschlandlied.

## Hochbetrieb in Genf.

Kein schlechter Beginn, aber Ueberraschungen nicht ausgeschlossen.

Mit dem Beginn der Beratungen der Studienkommission des Völkerbundes hat in Genf eine bedeutungsvolle Woche begonnen. Vorkämpfer v. Goesch und Ministerialdirektor Gaus hatten gleich nach ihrer Ankunft in Genf mit Sir Cecil Hurst, dem englischen Juristen, und dem französischen Rechtsbeirat des Außenministeriums Fromageot eine fast zweitägige Unterredung. Dabei wurde nochmals die Uebereinstimmung aller Beteiligten hinsichtlich etwaiger Abänderungen des Reformplanes dargestellt, der in der ersten Tagung der Studienkommission angenommen worden ist. In der Montagssitzung richtete der spanische Vertreter, Gesandter Palacios, die Aufforderung an die Studienkommission, die Frage des ständigen spanischen Ratssitzes zur Debatte zu stellen und sich unabweisend darüber zu äußern.

Wie angenommen werden darf, wird das im Mai von der ersten Studienkommission ausgearbeitete Programm der Reorganisation des Völkerbundesratess bis auf geringe Abänderungen, die auch von deutscher Seite als Verbesserungen bezeichnet werden, nicht verändert werden. Den weiteren Gang der Beratungen stellt man sich in Genf orientierten Kreisen folgendermaßen vor: Die Studienkommission wird bis Mittwoch Gelegenheit haben, die Ueberprüfung des Programms zur Erweiterung des Rates zu beenden. Am Donnerstag werden die Vorschläge von der Studienkommission dem Völkerbundsrat unterbreitet werden und von dem Rat an die Vollversammlung weiter überwiesen, die dann ihrerseits die juristische und politische Kommission mit der Beratung beauftragen soll.

So gibt man sich dann am Vorabend des Zusammentritts der Studienkommission der Hoffnung hin, daß etwa bis zum 8. September alle Hindernisse für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beseitigt sein werden.

Die Agentur Havas meint, da die deutsche Regierung ihren ordnungsgemäßen Aufnahmeantrag nicht zurückgezogen habe, so sei es nicht nötig, daß er neu gestellt werde, und ebensowenig, daß der Völkerbundsrat erneut damit befaßt werde. Die deutsche Delegation werde wahrscheinlich aufgefordert werden, vor dem 10. September unter den übrigen Delegationen ihren Platz einzunehmen.

Aus Warschau verkundet, daß der polnische Außenminister Palecki während seines Aufenthaltes in Paris mit Briand abschließende Verhandlungen über einen neuen französisch-polnischen Freundschafts- und Militärvertrag nach dem Muster des französisch-rumänischen Vertrages führt.

## Gemeindefragen.

Vom dritten deutschen Landgemeindetag in Mainz.

In Anwesenheit von Vertretern der heftigsten Staatsregierung, des heftigsten Landtages, des Reichswirtschaftsrates, des Deutschen Städtetages und anderer Körperschaften hielt der Deutsche Landgemeindetag in Mainz seinen dritten Verbandstag ab. Nach verschiedenen Vorträgen wurde eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die in den letzten Jahren eingetretene Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden hat diese in Erfüllung ihrer Aufgaben schwer behindert und in ihrer Entwicklung geschädigt.“

Nicht nur aus kommunalen, sondern auch aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen ist aber eine Erweiterung der Selbständigkeit der Gemeinden dringend zu fordern.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Gemeinden ist die baldige abschließende Lösung des Finanzausgleichs. Weiter wurde betont: „Die deutschen Landgemeinden erheben schärfsten Widerspruch dagegen, daß an sich wünschenswerte Steuererminderungen seitens des Reiches lediglich auf Kosten der Gemeinden erfolgen, sodaß sie infolge vermindelter Reichssteuerüberweisung zur kaum noch tragbaren Erhöhung ihrer eigenen, die Wirtschaft schwer belastenden Realsteuern genötigt sind.“

## Der Mörder der Gräfin Lambsdorff gefaßt

Bereits geständig.

Der in der Nacht zum Sonntag bei Berlin-Hoppegarten verhaftete Wegelagerer Karl Wötcher, der nach verübtem Raubüberfall auf eine Krankenpflegerin vom Oberlandjäger in Hoppegarten festgenommen worden war, hat ein Geständnis dahin abgelegt, der Mörder der Gräfin Lambsdorff zu sein.

Der Täter war von einem jungen Mädchen, das am Tage der Ermordung der Gräfin Lambsdorff an der Nordstelle ebenfalls von dem Verbrecher überfallen worden war, erkannt worden.

Das Geständnis Wötchers wird von den Beamten der Kriminalpolizei zur Zeit noch überprüft. Einige Angaben sollen mit den seinerzeitigen Feststellungen der Polizei im Falle Lambsdorff übereinstimmen, andere jedoch abweichen. Die Polizei ist nun bemüht, festzustellen, woher diese Unterschiede stammen. Wötcher wird aus Hoppegarten nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht werden.

## Bierkötter bezwingt den Kanal.

Nach einer Londoner Meldung ist es dem deutschen Stromweiser Bierkötter gelungen, den Kermelkanal zu durchschwimmen.

Es ist das der zweite Versuch des Meisterschwimmers, der bereits am Dienstag zum ersten Male gestartet war, zehn Meilen von Dover entfernt jedoch wegen stürmischen Wetters die Durchquerung hatte aufgeben müssen. Am Sonntag, nachts, unternahm er zum zweiten Male den Versuch. Er stieg beim Cap Gris Nez ins Wasser. Es glückte ihm, in Rekordzeit bei St. Margarets-Bay zu landen.